

Polnische Extra-Wurst gegen Abtreibung

Malta und Irland als Vorbild: Polnische Bischöfe wollen ihre Regierung auffordern, das Verbot der Abtreibung auch im EU-Beitrittsvertrag zu verankern. Hierfür wäre ein spezielles Protokoll notwendig, das ebenfalls von Malta beantragt worden war. Abtreibung war in Polen während der Beitrittsverhandlungen besonders von den EU-GegnerInnen als zentrales Thema gehandelt worden. In der EU gibt es zwar kein bindendes Gesetz in Bezug auf Abtreibung. Das Europaparlament hatte jedoch im vergangenen Jahr eine Resolution verabschiedet, in der die Mitgliedstaaten aufgefordert werden, Schwangerschaftsabbrüche zu legalisieren. Sprecher der regierenden linksdemokratischen Allianz in Polen hatten kurz vor Weihnachten angedeutet, man wolle in den nächsten Monaten an einer Liberalisierung des Abtreibungsgesetzes arbeiten. Diese Ankündigungen hatte die katholische Kirche verärgert. Man werde eine entsprechende Klausel im EU-Vertrag beantragen, welche das bestehende polnische Gesetz weiterhin schützt, kündigte Erzbischof Henryk Muszynski, der Delegierte der polnischen Bischofskonferenz, an. Bis zum Abschluss der Beitrittsverhandlungen hatte Polen kein Interesse an einer solchen Klausel geäußert.

Startschuss für EU-Polizei

Am 1. Januar beginnt sie, die erste Operation unter der gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik: die EU-Polizei-Mission (EUPM) in Bosnien-Herzegowina. Rund 500 Polizeioffiziere aus EU-Staaten sowie Kandidatenländern und 300 lokale PolizistInnen werden an der Mission teilnehmen, die vom Dänen Sven Frederiksen geleitet wird. Ziel ihrer Arbeit ist es vor allem, die lokalen Sicherheitskräfte zu unterstützen und zu beraten. Die Mission setzt die zuvor unter UN-Leitung durchgeführte Arbeit der International Police Task Force (IPTF) in Bosnien fort. Bei der EUPM würden jetzt erstmals "die europäischen Farben die nationalen Uniformen unserer Polizeioffiziere in einer Boden-Mission schmücken", sagte Generalsekretär des Rates Javier Solana. "Dies ist ein starkes Symbol für den gemeinsamen Willen der EU, Sicherheit und Stabilität auf unserem Kontinent zu garantieren." Nicht der einzige Meilenstein, der eine neue Ära in der Geschichte europäischen Verteidigungspolitik einläuten soll: In Kopenhagen hatten die Chefs der 15 EU-Staaten ihre "Bereitschaft militärische Operationen so schnell wie möglich zu übernehmen" feierlich beschlossen. Es war dies das erste Mal, dass der Begriff der "militärischen Operationen" explizit in einem offiziellen EU-Text erschien. Bislang beschränkte sich die EU auf friedenserhaltende Maßnahmen und Krisenmanagement.

Mit Pessimismus ins neue Jahr

Immer mehr LuxemburgerInnen sehen düster in die Zukunft. Dies ergab eine ILReS-Umfrage im Zuge der "Gallup International End of Year Poll" unter 1.001 EinwohnerInnen des Landes. Nur noch knapp ein Drittel blickt optimistisch auf das kommende Jahr, was die persönlichen Erwartungen für 2003 betrifft. Im vergangenen Jahr waren dies immerhin noch 42 Prozent. Dagegen stieg der Anteil der PessimistInnen um satte 13 auf 31 Prozent. Keine wesentlichen Veränderungen für sich persönlich erwarten rund 32 Prozent. Einen Hauptgrund für die gesunkenen Erwartungen stellen die schwierige Wirtschaftslage und die damit verbundene Furcht vor Entlassungen dar: Fast drei Viertel der LuxemburgerInnen rechnen mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit.

Erneute Terroranschläge und die Gefahr eines Krieges gegen den Irak ließen die Zahl derer ansteigen, die ein unruhiges und von internationalen Konflikten geprägtes Jahr erwarten. Zwar ist die Luxemburger Sicht dabei nicht ganz so pessimistisch wie die der Deutschen (68 Prozent), dennoch machen sich etwa 62 Prozent Sorgen um den Weltfrieden.

DEMONSTRATIONSFREIHEIT

Ungehorsam unerwünscht

Besetzung von Cattenom, Besteigen von rauchenden Schloten, Die-Ins gegen den Krieg, Straßenblockaden: Ziviler Widerstand ist out, zumindest für die Regierung Juncker.

(rw) – Während sich Jean-Claude Juncker kürzlich beim Pressebriefing über die Auto-kennzeichen oder das Tabakwerbeverbot erging, beschäftigte sich sein Parteikollege Luc Frieden mit ungleich fundamentalen Dingen: Der Justizminister deponierte das "projet de loi garantissant l'usage paisible du droit de propriété et la liberté de mouvement", im Volksmund bereits "Lex Greenpeace" genannt.

Im Strafgesetzbuch eingepflicht zwischen Hausfriedensbruch und Geiselnahme, soll nämlich der von Frieden vorgeschlagene neue Artikel das Besetzen und Blockieren von privaten und öffentlichen Grundstücken unter Strafe stellen. Bis zu zwei Jahren Freiheitsentzug und 25.000 Euro Strafgeld riskieren demnächst - falls der Gesetzesvorschlag die parlamentarischen Hürden schafft - politische AktivistInnen, die nicht vor einem Zaun oder einer Eingangstür Halt machen.

Damit sind in erster Linie politisch motivierte Aktionen anvisiert, wie etwa der Greenpeace-Sport des Besteigens von Kaminen und anderen Emissions-schleudern, aber auch Straßenblockaden oder Betriebsbesetzungen im Rahmen von Streiks und anderen gewerkschaftlichen Manifestationen. Konkreter Anlass zu Friedens Reformbedürfnis dürfte aber wohl die "Aktion Findel" gewesen sein. Damals, vor zwei Jahren, wurde anläss-

lich der Abschiebung eines Algeriers das Flughafengelände spontan besetzt. Auf Einwirken des Justizministers kam es zur Anklage. Der Prozess endete mit Freispruch.

Zwar wird im "exposé des motifs" beschwichtigt: "Le présent projet de loi ne constitue pas de restriction démesurée à la liberté de manifester ses opinions." Trotzdem ist die erste Frage, die sich stellt, die nach der Verfassungsmäßigkeit des neuen Artikels: denn die Luxemburger Verfassung garantiert in ihrem Artikel 11 sowohl die Freiheit der Meinungsäußerung als sie auch die gewerkschaftlichen Rechte unter den Schutz des Gesetzes stellt. Das Reduzieren politisch motivierter Blockade- oder Besetzungsaktionen auf einen einfachen Strafbestand ist auf jeden Fall denkwürdig.

Staatlich genehmigte Meinungsäußerung

Interessant sind aber auch einige Details im Erklärungstext zur Friedenschen Reform. So werden bei den potentiell "besetzbaren" Privatgrundstücken nicht nur Geschäftslokale und Industriestandorte erwähnt, sondern auch Tankstellen, Banken und Kultstätten. Kirchenbesetzungen haben nicht nur im Ausland Tradition, sondern gab es auch in Luxemburg schon. Eine Besetzung wie die der Krypta der Kathedrale durch Flüchtlin-

GENTECHNOLOGIE

Das Befreiungsjahr aller Gene?

Geklonte Babies, Aufhebung des Moratoriums, keine Neuverhandlung der Patentdirektive. Das neue Jahr verheißt nicht viel Gutes in Sachen Gentechnik.

(roga) – Da regen sich die konservativen Politiker, von Chirac bis Bush, künstlich über die Klonierung von Menschen auf. Gleichzeitig tun die USA, die EU-Kommission und verschiedene europäische Regierungen alles, um die GMO-Landwirtschaft auch in Europa triumphieren zu lassen und die weltweite Patentierung jedweder Lebewesen zuzulassen.

Ende November läuteten die europäischen AgrarministerInnen die schrittweise Aufhebung des seit vier Jahren bestehenden Moratoriums auf der Zulassung von genmanipulierten Pflanzen ein. Durch einen Kompromiss, der zwar einen hohen Grenzwert von 0,9% für die Nachweispflicht von GMO, dafür aber eine weit reichende Kennzeichnungspflicht vorsieht, ist es künftig den VerbraucherInnen überlassen, ob das Genfood sich in Europa durchsetzen wird oder nicht. Nicht geklärt ist dagegen, ob unter diesen Umständen der Biolandbau überhaupt noch möglich sein wird: Über Äcker überschreitende Verseuchung durch Gensaat streiten sich die ExpertInnen.

Als herben Beigeschmack zu einem faulen Kompromiss müssten die Luxemburger Grünen, die seit Jahr und Tag einen geduldigen Schattenkampf gegen die Invasion der Gentechnik im Nischenlände führen, die Tatsache zur Kenntnis genommen haben, dass der nicht gerade als

Bio-Powerman bekannte Minister Fernand Boden sich bis zuletzt für den besseren 0,5%-Grenzwert stark gemacht und am Ende gar mit dem schwarz-braunen Österreich gegen den Kompromiss gestimmt hatte. Derweil übernahm die deutsche grüne Superministerin Renate Künast unbeschwert die Position der EU-Kommission. Wenn sich bald noch das von Haider regierte Kärnten, zusammen mit Slowenien und Friaul, als genfreie Zone erklärt, wird sich manch grün beseelter Gutmensch fragen müssen, wozu Grüne in Verantwortungspositionen noch gut sind. Dosenpfand scheint jedenfalls leichter durchsetzbar als ein Wall gegen die Invasion der Gene.

Freisetzung und Patentierung

In Luxemburg steht Anfang 2003 die Umsetzung einer revidierten Fassung der so genannten "Freisetzungsdirektive" an. Zwischen 1992 und 1996 hatte es im Ausschuss des Parlaments mehr als 25 Sitzungen gegeben, ehe die Direktive durchgeboxt wurde. Nicht mal ein Jahr verging nach der Umsetzung, und schon trudelte ein neuer Vorschlag in die Arena. Diese vom Europaparlament verabschiedete Neufassung liegt nun dem Ethik-Ausschuss des Luxemburger Parlaments zur nationalen Umsetzung vor.

ge vor einigen Jahren würde also strafbar. Ebenso sorgt sich der Minister um den Schutz öffentlicher Gebäude und Grundstücke, wie etwa Schulen, Bahnhöfe oder Eisenbahnlinien. Besetzungen von Schulgeländen, wie sie etwa bei den Schulstreiks Mitte der Neunzigerjahre stattfanden, würden ebenfalls unter den neuen Artikel 442-1 des "Code pénal" fallen.

Interessant ist dabei die Argumentation, solche Aktionen "empêchent d'autres citoyens d'y accéder ou d'y profiter des services de l'Etat". Und auch die Schlussfolgerung des "exposé des motifs" haut in dieselbe Kerbe: "Le présent projet de loi renforce un élément essentiel de la liberté individuelle: la liberté d'aller et venir des citoyens de notre pays." Die Sorge um die Bewegungsfreiheit der Bürgerinnen und Bürger wirkt etwas faden-scheinig: Bislang hat es noch keine Bürgerinitiativen gegen Greenpeace-Proteste oder gewerkschaftliche Blockaden gegeben. Das wahre, aber unerwähnte Motiv ist sicher nicht der Druck der (wählenden) Bevölkerung, sondern jener der Industrie und der Arbeitgeber, bzw. Friedens eigener Unmut über die öffentliche Aufmerksamkeit, die politischer Kritik in Form spontaner Aktionen zuteil wird. Wenn, wie im Text gewünscht, diese Kritik nur noch bei Pressekonferenzen und angemeldeten Demonstrationen zutage treten darf, mag damit das private und öffentliche Eigentum besser geschützt sein. Die Demokratie jedoch erleidet Schaden.

Auch hier sind die grünen Gen-GegnerInnen im Zwiespalt: zwar ist die neue Fassung nicht vollends befriedigend, doch einerseits ist sie um vieles besser als die, die zurzeit noch gilt, und zum anderen wurde sie sehr stark von den europäischen Grünen beeinflusst. Einziger Trost: Bis dato wurde in Luxemburg noch kein Antrag auf Genehmigung von GMO-Freisetzungen gestellt.

Schließlich tritt auch die vor einem Jahr vom Luxemburger Parlament mutig und einstimmig verabschiedete Aufforderung zur Neuverhandlung der berüchtigten Patentdirektive auf der Stelle. Die Grünen argwöhnen, dass die Luxemburger Regierung rein gar nichts unternommen habe, um die Neuverhandlung der Patentdirektive voranzutreiben. Immerhin ist der zuständige Wirtschaftsminister Henri Grethen ein notorischer Lobbyist in Sachen Biotech-Standort und sein Berater ein hohes Tier im Verwaltungsrat des Europäischen Patentamts. Doch dem sei nicht so, beteuert Grethen in einer Antwort auf eine parlamentarische Frage. Die großherzogliche Regierung habe sich wiederholt für die Neuverhandlung eingesetzt. Dass die Kommission dies hehre Unterfangen in ihrem Zwischenbericht zur Patentdirektive nicht würdigt, dafür könne die Luxemburger Regierung ja nichts. Und überhaupt stehe Luxemburg völlig alleine mit seinem Widerstand gegen die Patentierung des Lebens da. Dem muss man in Erwartung neuer Erkenntnisse vorläufig wohl noch Glauben schenken.